

# Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die *governmentality studies*

In den letzten Jahren hat vor allem in Großbritannien, den USA, Kanada und Australien eine Forschungsperspektive an Popularität gewonnen, in deren Mittelpunkt der von Michel Foucault eingeführte Begriff der Gouvernamentalität steht. Nach dem programmatischen Sammelband *The Foucault Effect. Studies in Governmentality* (Burchell/Gordon/Miller 1991) liegen inzwischen mehrere Monographien und einige hundert Aufsätze zum Problem der Regierung vor, wobei die thematische Spannweite von der Regierung der Kindheit (Bell 1993) über die Regierung der Stadt (Hunt 1996) bis zur Regierung des Cyberspace (Baddeley 1997) reicht.<sup>1</sup> Aufgrund der großen Zahl und der inhaltlichen Heterogenität dieser Studien kann es in der folgenden Darstellung nicht um einen umfassenden und repräsentativen Überblick über die *governmentality*-Literatur gehen. Die anschließende Diskussion beschränkt sich daher auf einige wenige Arbeiten, die beispielhaft angeführt werden, um das innovative Potential der Gouvernamentalitätsproblematik insgesamt herauszustellen. Deren Bedeutung liegt vor allem in drei Punkten: den methodisch-theoretischen Prinzipien, der empirisch-forschungsstrategischen Ausrichtung und den politisch-kritischen Perspektiven dieser Analyseform. Dies soll im folgenden – vor allem anhand der Konfrontation mit Ulrich Becks Konzept der Risikogesellschaft – genauer begründet werden. Abschließend wird auch auf einige in den konkreten Analysen der Gouvernamentalitätsliteratur immer wieder anzutreffende konzeptionelle Probleme einzugehen sein, die zu einer empfindlichen Reduzierung und Trivialisierung des Gouvernamentalitätsansatzes beitragen.

## **Foucault und die Genealogie der *governmentality studies***

Zunächst einmal ist zu klären, woher der Begriff der Gouvernamentalität kommt und was er bedeutet. Zum ersten Mal taucht er den Vorlesungen von 1978 und 1979 am Collège de France auf, in denen Foucault eine „Geschichte der Gouvernamentalität“ rekonstruiert, deren

---

<sup>1</sup> Für den Versuch eines thematischen Überblicks s. eine Bibliographie der *governmentality studies* im Internet (<http://www.yorku.ca/faculty/academic/isin/hop-1/bib.htm>). Einen aktuellen Systematisierungsversuch unternimmt Mitchell Dean in seinem neuen Buch (Dean 1999). Der erste Sammelband zur

Spuren er von der griechischen Antike bis zum modernen Neoliberalismus verfolgt. Ohne genauer auf den Inhalt der Vorlesungen und die theoriegeschichtliche Dimension des Begriffs innerhalb der Machtanalytik Foucaults einzugehen (vgl. dazu Lemke 1995; 1997 bzw. Gordon 1991), soll hier nur kurz auf zwei Aspekte hingewiesen werden, die entscheidend sind, um das theoretische Profil der Gouvernamentalitätsproblematik angemessen einschätzen zu können.

In dem Begriff der Gouvernamentalität materialisiert sich erstens Foucaults Arbeitsthese einer wechselseitigen Konstitution von Machttechniken und Wissensformen. Die semantische Verbindung von Regieren („gouverner“) und Denkweise („mentalité“) zeigt an, daß die Untersuchung von Machttechnologien nicht ohne die Analyse der sie anleitenden politischen Rationalität auskommt. Die Gouvernamentalität (an einigen Stellen spricht Foucault auch von „Regierungskunst“) hat also zwei Aspekte. Zum einen bezeichnet der Begriff eine spezifische Form der *Repräsentation*, das heißt Regierung definiert ein diskursives Feld, innerhalb dessen die Ausübung der Macht „rationalisiert“ wird. Dies geschieht u.a. durch die Erarbeitung von Begriffen und Konzepten, der Spezifizierung von Gegenständen und Grenzen, durch die Bereitstellung von Argumenten und Begründungen etc. Auf diese Weise ist Regierung weder mit konkreten Inhalten noch mit einer bestimmten Methodik identisch, sondern bezeichnet eine Form der „Problematisierung“, das heißt sie definiert einen politisch-epistemologischen Raum, innerhalb dessen historische Probleme auftauchen (können) und bietet zugleich – möglicherweise konfligierende oder widersprüchliche – Lösungs- und Bearbeitungsstrategien für diese Probleme an. Daraus folgt, daß Regierung im Sinne Foucaults auch spezifische Formen der *Intervention* strukturiert. Eine politische Rationalität ist nämlich kein reines und neutrales Wissen, das die zu regierende Realität lediglich „re-präsentiert“, sondern stellt selbst bereits eine intellektuelle Bearbeitung der Realität dar, an der dann politische Technologien ansetzen können. Darunter sind Apparate, Verfahren, Institutionen, Rechtsformen, etc. zu verstehen, die es erlauben sollen, die Objekte und Subjekte einer politischen Rationalität entsprechend zu regieren.

Zweitens gebraucht Foucault den Begriff der Regierung in einem umfassenden Sinn, der sich stark an der älteren Bedeutung des Wortes orientiert und die enge Beziehung zwischen Machtformen und Subjektivierungsprozessen artikuliert (Sellin 1984; Senellart 1995). Während Regierung heute einen ausschließlich politischen Sinn besitzt, kann Foucault zeigen, daß sich das Problem der Regierung bis ins 18. Jahrhundert hinein in einem allgemeineren Rahmen stellte. Von Regierung war nicht nur in politischen Texten, sondern auch in

philosophischen, religiösen, medizinischen, pädagogischen etc. Arbeiten die Rede. Über die Lenkung des Staates oder der Verwaltung hinaus meinte „Regierung“ auch Probleme der Selbstbeherrschung, der Leitung der Familie und der Kinder, der Steuerung des Haushalts, die Lenkung der Seele etc. Aus diesem Grund bestimmt Foucault Regierung als Führung, genauer gesagt als „Führung der Führungen“, die ein Kontinuum umfaßt, das von der „Regierung des Selbst“ bis zur „Regierung der anderen“ reicht. Insgesamt ging es Foucault in seiner Geschichte der Gouvernamentalität um den Nachweis einer Ko-Formierung von modernem souveränen Staat und modernem autonomen Subjekt.<sup>2</sup>

Dieses ambitionierte Unternehmen hat Foucault wegen seines frühen Todes nur ansatzweise ausführen können. Seine Vorlesungen zu antiken und frühchristlich-pastoralen Führungstechniken, Staatsräson, Polizeiwissenschaft, Merkantilismus, liberalen und neoliberalen Regierungsformen werfen eine Reihe historischer Fragen und theoretischer Probleme auf.<sup>3</sup> Die nicht zur Publikation bestimmten und bis heute weitgehend unveröffentlichten Arbeiten sind kaum systematisch aufeinander bezogen und besitzen fragmentarischen Charakter. Genauer ist Foucault später lediglich in dem – ebenfalls nur teilweise realisierten – Projekt der „Geschichte der Sexualität“ der Transformation von Selbstführungstechniken und Aspekten der Genealogie des modernen Subjekts nachgegangen.

Trotz dieser außerordentlich schwierigen Rezeptionslage hat diese Forschungsperspektive eine große Zahl von historischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen inspiriert. An erster Stelle sind die Arbeiten der Schülerinnen und Schüler Foucaults Daniel Defert, Jacques Donzelot, Giovanna Procacci und Pasquale Pasquino und seines Assistenten François Ewald zu nennen. Sie gehen in der Mehrzahl auf Forschungsprojekte zurück, die im Rahmen der vorlesungsbegleitenden Seminare von 1978 und 1979 am Collège de France stattfanden (vgl.

---

<sup>2</sup> Dieses Problem steht bekanntlich auch im Zentrum der Arbeiten von Norbert Elias über den „Prozeß der Zivilisation“ (1976). Hinter der gemeinsamen Fragestellung verbergen sich jedoch entscheidende theoretische Differenzen. Anders als Elias zeichnet sich für Foucault der Zivilisationsprozeß weder durch eine einheitliche oder widerspruchsfreie historische Entwicklungslogik aus noch läßt er sich als zunehmende Zurückdrängung „barbarischer“, d.h. gewaltförmiger Elemente aus dem sozialen Leben begreifen. Ebenso wenig teilt Foucault die dichotomische Grundstruktur der „Theorie des Zivilisationsprozesses“, deren historische Parallelisierung von Psycho- und Soziogenese ihre prinzipielle Trennung erneut fest schreibt und reproduziert (vgl. Greco 1998, S. 8-28; Bröckling 1997, S. 14-16; van Krieken 1991).

<sup>3</sup> Dabei ist vor allem auf die mangelnde historische und analytische Abgrenzung der von Foucault unterschiedenen Souveränitäts-, Disziplinar- und Sicherheitsmechanismen und seine uneinheitliche Verwendung des Regierungsbegriffs hinzuweisen. In einer ersten und allgemeinen Bedeutung bezeichnet er das Auftreten einer eigenständigen Kunst der Regierung, die historisch mit der Staatsräson einsetzt; zweitens spricht Foucault aber von Gouvernamentalität in einem substanziellen Sinn erst mit dem Auftauchen der liberalen Regierung im 18. Jahrhundert (vgl. dazu Lemke 1997, S. 188-194; s. a. Garland 1997, S. 193-196; Hindess 1997).

Foucault 1989, S. 104-106; S. 129) und konzentrieren sich auf eine Periode, auf die Foucault in der Vorlesungsreihe selbst kaum einging: die Veränderungen der Gouvernamentalität im 19. Jahrhundert. Diese Studien zeigen aus unterschiedlichen Perspektiven, wie sich im 19. Jahrhundert „Gesellschaft“ als ein Objekt sui generis konstituiert, das sich durch eigene – soziale – Gesetzmäßigkeiten auszeichnet, die sich weder auf politisch-rechtliche noch auf ökonomische Prinzipien reduzieren lassen. Genauer untersucht wurde die Transformation der liberalen Sicherungspolitik, in deren Zentrum das Individuum stand, zur Institutionalisierung eines Sozialversicherungssystems (Ewald 1993; Defert 1991), die Ergänzung der politischen Ökonomie durch eine soziale Ökonomie (Procacci 1991), das Aufkommen der Sozialen Frage und das Problem der sozialen Kohäsion (Donzelot 1984; Procacci 1993) und die Entwicklung einer Verteidigung der Gesellschaft gegen ihre Bedrohung durch „gefährliche Individuen“ (Pasquino 1991).

Die an Foucaults Regierungsbegriff anknüpfenden Studien blieben jedoch nicht auf die Thematik der beiden Vorlesungsreihen am Collège de France beschränkt. In mindestens zwei weiteren Fällen, die beide auf Foucaults Lehr- und Forschungstätigkeiten im Ausland zurückgehen, läßt sich eine Fortsetzung und Ausweitung der Gouvernamentalitätsperspektive registrieren. 1981 hielt Foucault eine Vorlesungsreihe an der Katholischen Universität von Louvain. In dem von ihm geleiteten Forschungsseminar regte er eine interdisziplinäre Untersuchung der „Genealogie der sozialen Verteidigung in Belgien“ Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts an, deren Ergebnisse später in Buchform publiziert wurden (Tulkens 1988, vgl. auch Tulkens 1986). Die Untersuchung des „Wohlfahrtsstaates“ und der Gouvernamentalität im frühen 20. Jahrhundert sollte Gegenstand eines weiteren Buchprojekts sein, das Foucault einigen Studenten und Professoren an der Universität von Berkeley/CA im Rahmen seiner Lehrtätigkeit 1983 vorschlug. Diese Vorhaben wurde jedoch ebensowenig realisiert wie die Pläne zum Aufbau eines Forschungszentrums zum Studium moderner Ideen von Regierung (Gandal/Kropkin 1985; Pasquino 1995, S. 74).

Obwohl es also schon in den 70er und 80ern außer Foucault eine Reihe von Autorinnen und Autoren gab, die mit dem Begriff der Gouvernamentalität zu arbeiten versuchten, läßt sich von „governmentality studies“ erst seit dem Beginn der 90er Jahre sprechen. Mit der Gründung eines *History of the Present*-Netzwerks im November 1989 in London verlagerte sich der Schwerpunkt der Gouvernamentalitätsliteratur allmählich aus der frankophonen in die englischsprachige Welt. Durch die Institutionalisierung dieses Forschungsverbundes kam es zu einer personellen Erweiterung der Gouvernamentalitätsperspektive über die

unmittelbaren Schülerinnen und Schüler Foucaults hinaus und ihrer thematischen Öffnung für die Untersuchung neuer Problemfelder.

## **Risiko und Regierung**

Einen zentralen Stellenwert für die theoretische Profilierung der Gouvernementalitätsstudien nimmt deren Risikobegriff ein, der sich markant von dem Konzept der Risikogesellschaft, wie es von Ulrich Beck u.a. vertreten wird, unterscheidet. Zwischen der von Foucault ausgehenden Risikoanalyse und Becks Risikokonzept lassen sich einige wichtige Differenzen ausmachen (vgl. Dean 1998; Pearce/Tombs 1996, S. 447-449; Petersen 1997; Higgs 1998), die im folgenden vor allem anhand seiner Konfrontation mit der Arbeit von François Ewald erläutert werden sollen.

Ulrich Beck geht in seinen Arbeiten von zwei Phasen gesellschaftlicher Modernisierung aus. Waren in der Industriegesellschaft die gesellschaftlichen Risiken noch kalkulierbar, so zeichne sich die Risikogesellschaft durch die Unkalkulierbarkeit der von ihr produzierten Risiken aus. Atomare, genetische und chemische Großgefahren lassen sich weder zeitlich noch örtlich oder sozial eingrenzen, sie entziehen sich den traditionellen Kalkulations- und Kompensationsmechanismen und erfordern eine neue „Erfindung des Politischen“ jenseits der Versicherungsgesellschaft. Becks zeitdiagnostische These beruht auf der Vorstellung eines universalen und homogenen Risikobegriffs, und nur durch die Assimilierung von Gefahren auf versicherbare Risiken wird es möglich, eine verallgemeinernde Charakterisierung der Gesellschaft als Risikogesellschaft vorzunehmen. Darüber hinaus haftet dem Risikobegriff bei Beck auch ein prinzipieller Realismus an. Zwar betont er, daß Risiken „im besonderen Maße offen für soziale Definitionsprozesse“ (Beck 1986, S. 30) seien, diese betreffen jedoch lediglich Einschätzung und Wahrnehmung der Risiken, nicht diese selbst. Für Beck ist es nämlich eine empirische Tatsache, daß gesellschaftliche Risiken sprunghaft angestiegen sind und sich alle institutionellen Formen ihrer Kalkulation und Kontrolle überholt haben. Daher ist die Risikogesellschaft eine „katastrophale Gesellschaft“, in der es zu einem wachsenden Gefahrenpotential durch technologische Risiken kommt und Selbstbedrohungspotentiale in einem bis dahin unbekanntem Ausmaße freigesetzt werden. Eine wichtige politische Folge der neuen universalen Gefahrenlagen besteht Beck zufolge darin, daß sie – zumindest prinzipiell – gesellschaftlich egalisierende Effekte entfalten, welche die traditionellen Interessengegensätze und Frontverläufe zwischen rechts und links, Arbeit und Kapital obsolet

erscheinen lassen: An die Stelle des „Entweder-oder“ tritt bei Beck das „Und“ (Beck 1986; Beck 1993; Dean 1998, S. 27-29).<sup>4</sup>

Demgegenüber zeichnet sich der Risikobegriff bei François Ewald gerade nicht durch Gefahr, Ausnahme oder Unheil aus, sondern durch Wahrscheinlichkeit, Regelmäßigkeit und Berechnung. Anders als bei Beck ergeben sich aus dieser „Normalität“ von Risiken aber gerade keine egalisierenden Wirkungen. Ewald zufolge liegen die Risiken weniger in der allgemeinen Natur technologischer Bedrohungspotentiale, vielmehr repräsentieren sie eine spezifische Art des gesellschaftlichen Denkens über Ereignisse bzw. sie definieren ein differenzielles Kalkül der Gefahren, das die Unterscheidung von „gefährdeten“ bzw. „gefährlichen“ Individuen und Klassen erlaubt. Während für Beck das Risiko direkt aus der industriell-gesellschaftlichen Realität folgt, ist es für Ewald eine Rationalität, eine Art des Denkens über die Realität und der Versuch, sie vorhersehbar und beherrschbar zu machen. Deshalb ergibt für Ewald anders als für Beck die Unterscheidung zwischen kalkulierbaren und unkalkulierbaren Risiken keinen Sinn. Für Ewald ist die Versicherungsrationalität ein Konzept zur „sozialen Steuerung von Kontingenz“ (Makropoulos 1991) und eine Form der Regierung der Ereignisse: eine politische Rationalität. Aus diesem Grund kann prinzipiell alles als ein Risiko behandelt werden; mehr noch: das strategische Ziel des Versicherungskalküls besteht gerade darin, Risiken zu „produzieren“, Wege zu finden, um das zu versichern, was zuvor als unversicherbar – und damit als unregierbar – galt.

Allerdings – und dies macht den zweiten Aspekt des Risikos bei Ewald aus - existiert eine solche Rationalität des Risikos nicht in einer idealen und abstrakten Form. Es ist also erforderlich, die technischen und praktischen Aspekte der Regierung des Risikos zu untersuchen. Die Versicherungsrationalität beruht nicht nur auf Kalkulationstechniken wie z.B. Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung; sie ist darüber hinaus auch eine ökonomische und finanzielle Technik (indem sie Kapitalisierungschancen eröffnet und eine geldförmige Kompensation für erlittene Schäden und Verluste gewährt), eine moralische Technik (indem sie die Zeit beherrscht, die Zukunft diszipliniert und die Vorsorge als Kardinaltugend etabliert) und eine „juridische“ Technik (indem sie ein mit dem Recht konkurrierenden Modus der Verwaltung von Gerechtigkeit begründet und das Prinzip individuellen Verschuldens in eine kollektive Verantwortung überführt). Diese drei Momente zusammen machen die Versicherung für Ewald zu einer politischen Technologie. Der Fokus der Analyse verschiebt sich dabei von Fragen der Gefahrenverteilung zu dem Problem der

---

<sup>4</sup> Die Kritikpunkte sind hier nur äußerst verkürzt und schematisch wiedergegeben. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung s. Dörre 1993, Bieling 1998.

Risikoproduktion. Mit anderen Worten: Im Unterschied zu Beck geht es für Ewald weniger um die Macht der Technologien als um die Technologien der Macht (Ewald 1993, v.a. S. 207-222; vgl. auch Castel 1983).

Aber nicht nur die realistische Konzeption gesellschaftlicher Risiken, auch die bei Beck vorausgesetzte Homogenität und Universalität des Risikobegriffs ist innerhalb der Gouvernamentalitätsliteratur kritisiert worden, da sie einer empirischen Überprüfung nicht standhalte. So beschreibt Lorna Weir in ihrem Artikel zur „Regierung der Schwangerschaft“ in Kanada, wie die Entwicklung genetischer Tests und das Aufkommen von Visualisierungstechniken in der Reproduktionsmedizin die Beziehungen zwischen Mutter und Kind entscheidend veränderte. Sie weist überzeugend nach, daß der Einsatz von pränataler Diagnostik und Screening-Programmen zu einer Pathologisierung der Schwangerschaft beigetragen hat, die dazu führte, daß prinzipiell jede werdende Mutter als Risiko („Risikoschwangerschaft“) behandelt wird. Diese Konzeption eines „klinischen Risikos“ (der Geburt eines potentiell „behinderten“ Kindes) sei jedoch nicht unter die Versicherungstechnik und die von ihr abzudeckenden Risiken zu subsumieren oder von ihr abzuleiten, sondern stelle einen eigenständigen Risikotypus dar. Anders als bei der Kalkulation von Versicherungsrisiken geht es in diesem Fall nämlich weder um ein zu versicherndes Gut noch um eine Verlustkompensation, sondern um Diagnostik und „Therapie“ (die in diesem Fall in der Abtreibung besteht). Auch im Operationsmodus unterscheiden sich die beiden Risikotypen: Während das Versicherungsrisiko indirekt über Wahrscheinlichkeiten und Mittelwerte im Rahmen von Kollektiven operiert, lokalisiert das klinische Risiko das Risiko über ein epidemiologisches Wissen direkt im Körper von Individuen (Weir 1996; vgl. auch Rapp 1995).

Ein weiteres Beispiel für die Vielfalt von Risikotechniken bieten Frank Pearce und Steve Tombs in ihrer Untersuchung der Veränderung des Risikodiskurses in der US-amerikanischen chemischen Industrie. Auch in diesem Fall stehen versicherungstechnische Fragen nicht im Mittelpunkt. Pearce und Tombs zeigen, wie es nach den von der chemischen Industrie verursachten Umweltkatastrophen der 80er Jahre (wie etwa Bhopal) in jüngster Zeit zur Einführung von Risikomanagementtechniken in den betroffenen Unternehmen kam. Die Etablierung von Risikoerziehungsprogrammen und die Einbeziehung der in den Betrieben Beschäftigten, lokaler Behörden und sozialer Bewegungen in die Konzeption von Risikoplanungen zielten darauf, das öffentliche Vertrauen in die Handlungskompetenz der Unternehmen wiederherzustellen. Voraussetzung für dieses „risk assessment“ war allerdings eine radikale Veränderung in der Objektivierung des Risikos. Folgt man der Argumentation

von Pearce/Tombs, so traten an die Stelle der vormals präsentierten Statistiken und Wahrscheinlichkeitsrechnungen, die nahelegten, daß eine Katastrophe wie Bhopal sich nie (bzw. mit einer Chance von eins zu einer Million) ereignet, „worst case“-Szenarien, die operationale Probleme stellten, Planungen verlangten, Konsultationen erforderten. Kurz: die Konzeption des Risikos ändere sich von einer faktischen Nicht-Existenz zu einer voraussagbaren, identifizierbaren, quantifizierbaren und kalkulierbaren Realität, die eine permanente (gemeinsame) Bearbeitung erfordert (Pearce/Tombs 1996).

### **Vorsorge und Verantwortung**

Die Genealogie des Risikos in den Gouvernamentalitätsstudien unterscheidet sich also in zwei wichtigen Punkten von dem Konzept der Risikogesellschaft. Zum einen sind gesellschaftliche Risiken nicht in realistischen, sondern in nominalistischen Begriffen zu fassen; sie folgen nicht unmittelbar aus der Realität der industriell-kapitalistischen Modernisierung, sondern sind das Resultat politischer Rationalitäten und Technologien. Zum anderen werden Risiken weder als homogen noch als universell begriffen, vielmehr liegt der analytische Akzent auf ihrer Pluralität und Heterogenität, die sich nicht auf eine historische Verschiebung von lokalen und quantifizierbaren Gefahren zu einer heutigen Globalisierung von unkalkulierbaren Risiken reduzieren läßt.

Die Gouvernamentalitätsanalysen begnügen sich jedoch nicht damit, einen verkürzten Risikobegriff zu kritisieren, um auf die empirische Vielfalt und die strukturelle Heterogenität von Risikotechniken hinzuweisen. Im Mittelpunkt der meisten Studien steht darüber hinaus die Frage, wie sich die verschiedenen Techniken im Rahmen einer neuen politischen Realität artikulieren: dem Neoliberalismus. Die Perspektive der Gouvernamentalität besitzt zwei theoretische Vorzüge, die sie für die Analyse des Neoliberalismus besonders qualifizieren. Da die politische Führung nur eine Form der Regierung unter anderen darstellt, wird damit erstens die liberale Grenzziehung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten und die Unterscheidung zwischen der Domäne des Staates und dem Bereich der Gesellschaft prekär. Diese Differenzierungen werden innerhalb der Regierungsproblematik nicht mehr als Grundlage und Grenze, sondern als Effekt und Instrument von Regierungspraktiken behandelt. Zweitens verliert auch die liberale Polarität zwischen Subjektivität und Macht an Plausibilität. Regierung bezeichnet innerhalb des Gouvernamentalitätsansatzes ein Kontinuum von Selbst- und Fremdführungen, das von der politischen Regierung hin zu Formen von Selbstregierung, den „Selbsttechnologien“ (Foucault 1988) reicht. Beide Aspekte sollen im



folgenden – wiederum nur stark verkürzt und beispielhaft – anhand von Arbeiten aus der Gouvernentalitätsliteratur illustriert werden.

Was zunächst die Verschiebung der Grenzziehung zwischen Staat und Gesellschaft angeht, so gehen die Gouvernentalitätsstudien wie Beck von weitreichenden soziopolitischen Transformationsprozessen aus. Diese führen allerdings nicht von der ersten in eine „Zweite Moderne“ oder zu einer Gesellschaft „jenseits von Klasse und Stand“ (Beck), sondern zu einem Umcodieren der Sicherheitspolitik von dem Modell einer sozialen Versicherung zu einer Privatisierung und Individualisierung gesellschaftlicher Risiken. Während am Ende des 19. Jahrhunderts die Sozialisierung des Risikos an die Erfindung neuer – sozialer – Formen der Regierung gebunden war, geht am Ende des 20. Jahrhunderts die Privatisierung von Risiken auf eine Neuauflage liberaler Regierungsmodi zurück. Diese neoliberalen Regierungsformen führen jedoch nicht einfach zu einer Verlagerung von Handlungskompetenzen von der staatlichen auf die gesellschaftliche Ebene, zu einem Abbau des Staates oder seiner Beschränkung auf einen „Nachtwächterstaat“; im Gegenteil übernimmt der Staat innerhalb des Neoliberalismus über seine traditionellen Funktionen hinaus neue Aufgaben. Die neoliberalen Regierungsformen zeichnen sich nicht nur durch direkte Interventionen durch autorisierte und spezialisierte Staatapparate, sondern auch durch die Entwicklung indirekter Techniken aus, die Individuen führen und anleiten, ohne für sie verantwortlich zu sein.

Die neoliberale Strategie besteht darin, die Verantwortung für gesellschaftliche Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut, etc. und das (Über-)Leben in Gesellschaft in den Zuständigkeitsbereich von kollektiven und individuellen Subjekten (Individuen, Familien, Vereine, etc.) zu übertragen und zu einem Problem der Selbstsorge zu transformieren. Das Spezifikum der neoliberalen Rationalität liegt in der anvisierten Kongruenz zwischen einem verantwortlich-moralischen und einem rational-kalkulierenden Subjekt. Sie zielt auf die Konstruktion verantwortlicher Subjekte, deren moralische Qualität sich darüber bestimmt, daß sie die Kosten und Nutzen eines bestimmten Handelns in Abgrenzung zu möglichen Handlungsalternativen rational kalkulieren. Da die Wahl der Handlungsoptionen innerhalb der neoliberalen Rationalität als Ausdruck eines freien Willens auf der Basis einer selbstbestimmten Entscheidung erscheint, sind die Folgen des Handelns dem Subjekt allein zuzurechnen und von ihm selbst zu verantworten. Diese Strategie kann in den verschiedensten Risikofeldern eingesetzt werden und führt dazu, daß gesellschaftliche Verantwortungsbereiche zu einer Angelegenheit individueller Vorsorge geraten (Rose/Miller

1992; Garland 1996, S. 452-455; Rose 1996, v.a. S. 50-62; O'Malley 1996, S. 199-204; Hyatt 1997).

Ein Beispiel für diesen „new prudentialism“ (O'Malley) ist die Verbrechensbekämpfung. Die Kommodifizierung ehemals öffentlicher Sicherheitsleistungen und die Einführung marktförmiger Regulierungsformen transformieren das Kollektivgut Sicherheit in eine beliebige Ware, die dem Spiel von Angebot und Nachfrage und individuellen Ressourcen und Präferenzen unterliegt. Im Rahmen dieses tendenziellen Übergangs von der staatlichen Gefahrenabwehr zur privaten Sicherheitsvorsorge verlagert sich die Verantwortung für die Verbrechensprävention, die zunehmend zu einem Problem potentieller Opfer wird. Aus einem Recht des Einzelnen gegen den Staat auf die Produktion kollektiver Schutzgüter wird ein Anspruch des Staates gegen die Einzelnen auf „vorsichtiges“ Verhalten und die Vermeidung „kriminogener Situationen“. Zentral ist dabei eine besondere Form des Risikomanagements, wobei es die Aufgabe staatlicher Apparate und gesellschaftlicher Institutionen ist, Wissen und Informationen über lokale Kriminalitätsraten, „gefährliche“ Orte, Personen und Situationen, private Sicherheitsdienstleistungen, etc. anzubieten. Auf der Grundlage dieses akkumulierten Wissens und als Folge eines entsprechenden Risikokalküls kann dann von den – zumindest von den „verantwortlichen“ und „rationalen“ - Individuen erwartet werden, daß sie sich in ihrem eigenen Interesse gegen Verbrechensrisiken absichern (etwa durch das Vermeiden „gefährlicher“ Situationen, den Abschluß von Versicherungen, den Besuch von Selbstverteidigungskursen, etc.) – und zwar genau in dem Maße, wie sie dies für notwendig halten. Falls sie dennoch zu Verbrechenopfern werden, müssen sie sich deshalb fragen lassen, ob sie die Risiken nicht fehlerhaft kalkuliert haben und ihre Opferrolle teilweise oder ganz selbstverschuldet ist. Auf diese Weise wird die Optimierung der eigenen Sicherheit gleichzeitig zu einem Zeichen der individuellen Autonomie und zu einem gesellschaftlichen Imperativ: Es ist nicht nur irrational, sondern auch unmoralisch, es „den Verbrechen zu einfach zu machen“ und der Allgemeinheit die (finanziellen) Folgekosten von Verbrechen aufzuerlegen, die prinzipiell vermeidbar sind (O'Malley 1992; O'Malley 1996, S. 199-204; Krasmann 1999).

In ähnlicher Weise zeigt Monica Greco eine wichtige Verschiebung in der Bedeutung, die Gesundheit und Krankheit im Kontext der neoliberalen Rationalität angenommen haben. Sie beschreibt, wie innerhalb des aktuellen „pursuit of healthiness“ Gesundheit scheinbar paradox als Gegenstand und Resultat eines Willens erscheinen kann. Im Rahmen dieser psychosozialen Konzeption weist Gesundheit nicht nur auf eine physische Fähigkeit oder einen aktuellen Zustand hin, sondern sie ist auch und vor allem ein sichtbares Zeichen von

Initiative, Anpassungsfähigkeit, Dynamik etc. Gesundheit oder Krankheit sind also keine Kategorien von Zufall und Schicksal, und sie lassen sich auch nicht in Begriffen von subjektivem Glück oder Unglück begreifen; sie sind im Gegenteil objektive Zeugen für seine oder ihre (Un-)Fähigkeit, freie und rationale Subjekte zu sein. Was aus einer klassisch-medizinischen Perspektive als ein Risiko (etwa Rauchen oder Übergewicht) oder als eine Disposition für eine Krankheit erscheint, ist in dieser Hinsicht bereits selbst eine korrekturbedürftige Tatsache und ein Problem: Da Selbstbeherrschung und Autonomie die Voraussetzung für Gesundheit sind, ist ein mangelnder Wille und eine unzureichende Selbstführung bereits das erste Symptom einer Krankheit, deren Ursache letztlich im Inneren des Subjekts liegt – und nicht etwa in „äußeren Faktoren“ (krankheitsgenerierende Arbeitsbedingungen, finanzielle Kosten für gesundheitliche Vorsorge und Heilung von Krankheiten, etc.) (Greco 1993; vgl. auch Nettleton 1997; Sedgewick 1992).

Die Gouvernamentalitätsperspektive erlaubt es also, das neoliberale Programm des „Rückzugs des Staates“ als eine Regierungstechnik zu dechiffrieren. Die Krise des Keynesianismus und der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionsformen führen weniger zu einem Verlust staatlicher Regelungs- und Steuerungskompetenzen (im Sinne eines Nullsummenspiels), sondern lassen sich eher als eine Umorganisation oder eine Restrukturierung der Regierungstechniken begreifen, die die Führungskapazitäten vom Staat weg auf „verantwortliche“ und „rationale“ Individuen verlagern. Die Facetten der damit einhergehenden Transformation der „Selbsttechnologien“ sind in einigen Studien herausgearbeitet worden. Barbara Cruikshank zeigt in ihrer Untersuchung der „self esteem“-Bewegung in den USA, wie die Grenzen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen innerhalb der neoliberalen Rationalität neu gezogen werden. Der „self esteem“-Ansatz sieht die Quelle der unterschiedlichsten sozialen Probleme in der mangelnden „Selbstachtung“ der Betroffenen. Anhand der Analyse von entsprechenden Regierungsprogrammen in Kalifornien, die von dieser Grundannahme ausgehen, macht Cruikshank deutlich, daß es bei deren Realisierung um mehr geht als um die Ersetzung des Politischen durch das Persönliche, von kollektivem Handeln durch individuelle Einkehr. Die „self esteem“-Bewegung beschränkt sich Cruikshank zufolge nicht auf den Bereich des Persönlichen, da ihr Ziel in einer neuen Politik und einer neuen Ordnung des Sozialen besteht. Sie verspricht soziale Probleme zu lösen, indem sie eine Revolution unternimmt, die sich jedoch nicht gegen Kapitalismus, Rassismus, Patriarchalismus etc. richtet, sondern gegen die (falsche) Art und Weise, wie wir unser Selbst regieren. Damit verschiebt sich der Ansatzpunkt möglicher politischer und sozialer Interventionen: Nicht gesellschaftlich-strukturelle, sondern individuell-subjektive

Faktoren sind für die Lösung von Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Kriminalität, Kindesmißbrauch etc. maßgeblich. „Self esteem“ hat daher wesentlich mehr mit Selbsteinschätzung als mit Selbstachtung zu tun, da das Selbst immer wieder gemessen, beurteilt und diszipliniert werden muß, um individuelles „empowerment“ an kollektiven Maßvorgaben auszurichten. Auf diese Weise läßt sich eine immer prekäre (und deshalb immer wieder neu zu überprüfende) Harmonie zwischen politischen Staatszielen und einem persönlichen „state of esteem“ herstellen (Cruikshank 1996).

Peter Miller und Nikolas Rose haben in ihrer Arbeit auf die Bedeutung der Übertragung von Unternehmensformen auf „private“ Wahlentscheidungen von Individuen hingewiesen, die sich dabei an Kosten-Nutzen-Kalkülen und Wettbewerbskriterien orientieren. Durch diese „Ökonomisierung“ vormals außer-ökonomischer Bereiche und ihre Kolonisierung durch Kriterien wirtschaftlicher Effizienz lassen sich ökonomischer Wohlstand und persönliches Wohlbefinden eng aneinander koppeln. So erscheinen die Arbeitenden in dieser Konzeption nicht mehr als abhängig Beschäftigte eines Unternehmens, sondern sie werden selbst zu autonomen Unternehmern, die eigenverantwortlich Investitionsentscheidungen fällen und auf die Produktion eines Mehrwertes abzielen: Unternehmer ihrer selbst. Für den Bereich der Arbeitsbeziehungen bedeutet dies etwa, daß Arbeit und Freizeit einander nicht mehr feindlich gegenüberstehen, sondern sich tendenziell ergänzen: Die Arbeit muß ebenso „frei“ gestaltbar sein wie die Freizeit „ökonomisch“ eingesetzt werden soll. „Selbstbestimmung“ ist eine zentrale ökonomische Ressource und ein Produktionsfaktor. Dies bedeutet, daß es aus Unternehmensperspektive immer weniger nötig ist, eine Einschränkung der individuellen Freiheit vorzunehmen, da Arbeit ein wesentliches Element auf dem Weg zur „Selbstverwirklichung“ ist. Flexible Arbeitszeiten, selbstbestimmte Arbeitsgruppen, Leistungsanreize etc. haben nicht nur das Ziel, die Organisation der Produktion zu transformieren, sondern richten sich darüber hinaus auf die Beziehungen der Individuen zu ihrer Arbeit. Oder genauer: Die Transformation der Produktionsstrukturen ist nur unter der Bedingung möglich, daß die Individuen ihre Beziehung zu sich selbst und zur Arbeit „optimieren“ (Miller/Rose 1994; vgl. Martin 1997).

### **Staat, Widerstand und die Irrationalität der Macht**

Der theoretische Vorzug der Gouvernementalitätsstudien liegt zweifellos darin, daß sie die Aufmerksamkeit auf die Verbindungen zwischen abstrakten politischen Rationalitäten und den Mikrotechniken des Alltags lenken. Damit bieten sie wichtige Werkzeuge für die Analyse

von politischen Rationalitäten im allgemeinen und des Neoliberalismus im besonderen. Dennoch sind in der gegenwärtigen Diskussion eine Reihe von ungelösten Fragen und schwerwiegenden Problemen festzustellen. Im folgenden sollen zwei Problemkomplexe herausgegriffen werden, die deshalb besonders relevant sind, weil sie das theoretisch-kritische Potential des Ansatzes erheblich beeinträchtigen könnten. Sie betreffen die Rolle des Staates und die Konzeption von Widerstand und sozialen Kämpfen innerhalb der Gouvernentalitätsliteratur. Es ist zu vermuten, daß diese theoretischen Probleme auf das ungeklärte Verhältnis zwischen politischen Rationalitäten und politischen Technologien zurückgehen.

Zunächst zu dem ersten Punkt: der Konzeptualisierung des Staates innerhalb der Gouvernentalitätsstudien. Ein wichtiger Ausgangspunkt dieser Arbeiten besteht darin, den Begriff der politischen Macht von einer Konzentration auf den Staat zu lösen, um den Staat umgekehrt als ein komplexes Feld von Kräfteverhältnissen zu analysieren. Diese „Gouvernentalisierung des Staates“ (Foucault 1991a, S. 103) führt jedoch bei einigen Autorinnen und Autoren dazu, die Untersuchung der Machtverhältnisse vollkommen „beyond the state“ anzusiedeln und die Rolle des Staates innerhalb der sozialen Kräfteverhältnisse tendenziell zu unterschätzen – um damit in der Analyse des Neoliberalismus selbst der neoliberalen Rhetorik aufzusitzen. Die Einschätzung des Staates, die etwa Nikolas Rose und Peter Miller in ihrem programmatischen Text (Rose/Miller 1992) präsentieren, ist in mehrfacher Hinsicht reduktionistisch. Ich möchte hier nur auf zwei Aspekte eingehen (für weitere Kritikpunkte s. Curtis 1995). Zum einen kommt dem Staat bei Rose und Miller keine eigene Realität und Wirkmächtigkeit zu, er scheint nichts anderes zu sein als eine Art imaginärer Überbau in Bezug auf die gesellschaftliche Infrastruktur der Regierung. Damit verkennen die Autoren nicht nur systematisch die strategische Bedeutung staatlicher Organisations- und Regulierungsformen, sondern sie operieren zudem mit einem Begriff des Staates, der diesen auf eine institutionell-rechtliche Struktur beschränkt.<sup>5</sup> Zum anderen unterschätzen die Autoren – und nicht nur die beiden hier beispielhaft angeführten – mit ihrem starken Akzent auf politischen Rationalitäten die Rolle, die „irrationale Momente“ wie Gewalt und Zwang auch (und gerade) innerhalb der liberalen oder neoliberalen Rationalität spielen. Genauer gesagt besteht das Problem in einer rationalistischen Konzeption politischer Rationalität. Das Bild, das hier gezeichnet wird, ist zumindest ergänzungsbedürftig, wenn

---

<sup>5</sup> Damit befinden sie sich übrigens in einem seltsamen Gegensatz zu Foucault, auf den sie sich in diesem Punkt zu berufen glauben. Dieser hat ja gerade in seinen späten Schriften immer wieder die besondere Bedeutung des Staates als eine „zugleich individualisierende und totalisierende Form der Macht“ (Foucault 1987, S. 248; vgl. auch Curtis 1995, S. 580/581) herausgestellt.

nicht sogar verzerrt. Und es ist möglicherweise gerade deshalb verzerrt, weil es zu klar gezeichnet ist und ohne jede Schattierung auskommt. Machtprozesse scheinen Miller und Rose zufolge allein über die Herstellung von Konsens und Kooperation abzulaufen oder über Aushandlung und Überzeugung zu funktionieren. So gesehen hätten Gewalt, Manipulation, Zwang, Korruption etc. keinen Raum innerhalb der politischen Rationalität. Ihnen kommt nach dieser Interpretationslinie lediglich der Status noch nicht vollständig rationalisierter Bereiche zu, die als Überbleibsel oder Restbestände weniger effizienter Formen politischer Rationalität funktionieren.

Problematisch ist darüber hinaus der implizite Finalismus, der eine kontinuierliche Rationalisierung und Effektivierung der Führungsverhältnisse unterstellt. Disziplinierungstechniken oder Souveränitätsmechanismen wird demzufolge lediglich ein akzidentieller und residualer Charakter beigemessen, wobei sie tendenziell von „ökonomischeren“ Formen der Machtausübung aus der Ökonomie der Macht verdrängt werden. Auch in diesem Fall sollte die von Foucault inspirierte Kritik an der Repressionsthese dazu dienen, über die Formen der Repression hinauszuschauen, nicht jedoch dazu, sie zu unterschlagen. Die „Rationalisierungs- und Effizienzthese“ ist aber nicht nur falsch, weil damit die Momente an brutalen und zwangsförmigen Techniken aus dem Blick geraten; vielmehr zeichnet sich die politische und historische Realität gerade durch ein „Mischungsverhältnis“ von Zwang und Freiheit, autonomer Selbstführung und disziplinärer Unterwerfung aus. Dies ist jedoch nicht deshalb der Fall, weil die Ausnahme empirisch die Regel wäre, sondern weil „rationale“ und „irrationale“ Momente einander systematisch voraussetzen und zwischen ihnen keine äußerliche, sondern eine innere Beziehung besteht. Auf die bedenkliche Tendenz in der Gouvernamentalitätsliteratur diesen Zusammenhang zu vergessen, hat Mariana Valverde hingewiesen. In ihrem Artikel über liberale Führungstechniken zeigt sie anhand des ethischen Problems der Selbstkonstitution, daß es ein unreduzierbares Zwangsverhältnis im Inneren der liberalen Beziehung gibt. Die Herausbildung eines freien Subjekts erfordert nicht nur eine permanente Moralisierung- und Disziplinierungsarbeit am eigenen Selbst; sie ermöglicht es im Gegenzug, „zurückgebliebene“ Rassen, Klassen oder Geschlechter zur Freiheit zu führen – und seien dafür auch Zwangsmittel notwendig (Valverde 1996; vgl. auch Hindess 1993; zur Kritik an der Effizienz- und Rationalisierungsthese s. O'Malley 1996, S. 192-198; Garland 1997, S. 199-204).

Kommen wir zum zweiten Problemkomplex: dem Stellenwert sozialer Kämpfe und politischen Widerstands in der Gouvernamentalitätsliteratur. In einer Reihe von Arbeiten dieser Forschungsperspektive tauchen Kämpfe nur als eine äußerliche und negative Größe

auf: als Ursache für das Scheitern von Programmen. Widerstand gegen Programme führt in dieser Hinsicht schließlich zu Reformulierungen, Anpassungen und Innovationen, die wiederum von den Programmierern ausgehen (s. Hunt/Wickham 1994; Miller/Rose 1994; Barry et al. 1993). Daraus ergibt sich ein theoretisches und ein politisches Problem. Das theoretische besteht darin, daß in dieser Perspektive Widerstand nicht in die Programme selbst eingeht und seine Rolle – entgegen dem eigenen methodischen Anspruch der „Produktivität von Macht“ – eine rein negative bleibt: Zurückweisung und Ablehnung von Programmen. Da innere Widersprüche als äußere Ausschlußmechanismen erscheinen, kann der konstruktive (statt allein destruktive) Charakter von Widerständen nicht mehr untersucht werden, ebensowenig wie die Frage, in welcher Weise soziale Kämpfe konstitutiv sind für bestimmte Formen von Regierung (statt sie lediglich zu ver- oder behindern).

Das politische Problem zeigt sich darin, daß es auf diese Weise auch nicht mehr möglich ist, Gegenprojekte und Handlungsalternativen zu thematisieren. Im Gegenteil: Da Programme als einheitlich und in sich geschlossen konzipiert sind, erscheint das Bild der Herrschaft so homogen und integriert, daß es schwierig wird, überhaupt noch Ansatzpunkte für politischen Widerstand zu formulieren. Die einzige Alternative, die sich in dieser Perspektive noch stellt, ist die zwischen einer (erfolgreichen) Implementation eines Programms und seinem Scheitern. Kämpfe und Widerstände finden dann nur „zwischen“ Programmen und ihren Implementationen statt, gehen aber nicht in die Programme bzw. Implementationen selbst ein. Widersprüche gibt es jedoch nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Rationalitäten und Technologien – und zwar als Bedingung ihres Funktionierens (Weir 1996, S. 383-388, O'Malley 1996b; O'Malley et al. 1997).

Sowohl aus theoretischen wie aus politischen Gründen wäre es also notwendig, weniger die Kohärenz und Konsistenz als vielmehr die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit von Rationalitäten und Technologien herauszuarbeiten. Auf diese Weise ließe sich auch das Problem des impliziten Funktionalismus beseitigen. Wenn sich die Bedeutung von Kämpfen auf die Ablehnung von Programmen beschränkt, ergibt sich nämlich die Frage, was das Scheitern als Scheitern ausweist: Was sind die Kriterien von Effizienz, Scheitern und Erfolg, wenn diese nicht als äußerlicher Maßstab von Programmen herangezogen werden können, sondern selbst Teil dieser Rationalität sind? Tatsächlich ist ja der „Erfolg“ eines Programms keine Garantie für seine Fortsetzung, sondern gerade der Erfolg kann sehr wohl zum „Scheitern“ beitragen – indem er die Voraussetzungen des Programms beseitigt und es damit überflüssig macht. Umgekehrt kann das „Scheitern“ eines Programms ungemein „erfolgreich“ sein und gerade aus seinem Scheitern heraus kann es zu einer „strategischen

Wiederauffüllung“ (Foucault 1978, S. 121) kommen. Mit anderen Worten: Möglicherweise funktioniert ein Programm gerade deshalb „gut“, weil es nicht oder jedenfalls nur schlecht funktioniert bzw. es die Probleme erst schafft, auf die es dann vorgeblich reagiert. So kann etwa das Scheitern des Gefängnisses als Mittel der Verbrechensbekämpfung sehr wohl seine *raison d'être* sein (Foucault 1976; vgl. auch Hirschman 1980).

### **Resümee: Forschungsperspektiven und Kritik**

Viele der oben genannten theoretischen Probleme gehen auf die mangelhafte Klärung des Verhältnisses von politischen Rationalitäten und politischen Technologien zurück. In der Gouvernamentalitätsliteratur werden politische Rationalitäten häufig als widerspruchsfreie und homogene Entitäten aufgefaßt, während politischen Technologien dann die Funktion zugeschrieben wird, Programme in die Realität zu „übersetzen“. Oftmals sind Programme als „idealisierte Schemata“ (Miller/Rose 1994, S. 78) konzipiert, so daß die Gouvernamentalität als eine Art Selbstreflexion der Führenden auf die Ziele und Mittel der Führung erscheint. Demgegenüber werden Technologien als der Versuch der Umsetzung begriffen, wobei diese „Realisierung“ dann auf „Schwierigkeiten“ trifft, weil die Programme nicht so funktionieren wie es geplant war. Anders als diese Interpretationsrichtung es nahelegt ist der „Ursprung“ politischer Rationalitäten nicht in den Motiven oder Intentionen einzelner zu suchen, sondern sie sind selbst bereits ein Effekt gesellschaftlicher Verhältnisse und ein „Einsatz“ in ihnen. Gleichzeitig ist festzuhalten, daß politische Technologien keine leere Form darstellen, in die sich politische Rationalitäten einschreiben; ebensowenig sind sie aber reine Mittel, deren Einsatz einen ganz bestimmten Gebrauch (und nur diesen) vorschreibt. Technologien drücken Rationalitäten nicht aus, sondern sie haben eine ihnen eigene Materialität, die es möglich macht, daß sie für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden und verschiedene Bedeutungen haben können – die abhängen von ihrer Artikulation mit spezifischen Rationalitäten (Foucault 1991b, S. 80/81; Valverde 1996, S. 357/358; Pearce/Tombs 1996, S. 448).

Die genannten Defizite, die auf ungeklärte oder zumindest nicht ausreichend explizierte grundlagentheoretische Probleme zurückgehen und in letzter Zeit auch innerhalb der Gouvernamentalitätsliteratur thematisiert worden sind (v.a. in O'Malley et al. 1997), können jedoch das innovative Potential des Ansatzes insgesamt nicht verdecken. Dieses liegt zum einen in den *methodisch-theoretischen Prinzipien* der Analyse, die nicht in allgemeinen und dichotomischen Begriffen wie Macht und Subjektivität, Staat und Gesellschaft, Ideen und Praktiken etc. operiert, sondern das Untersuchungsinteresse auf die systematischen



Verbindungen zwischen Rationalitätsformen und Führungstechnologien lenkt. Damit geraten nicht nur Alltags- und Selbstpraktiken in den Blick der politischen Analyse, sondern auch die Bedeutung der Wissensproduktion und ihre Kopplung an Machttechnologien. Ein weiterer Vorzug des Ansatzes liegt zweifellos in seiner starken *empirisch-forschungsstrategischen Ausrichtung*. Diese konkretisiert sich in der Abneigung, Objekte und Makro-Phänomene (etwa: „Risikogesellschaft“) als Ausgangspunkt und Erklärungsprinzip der Analyse zu wählen. Die Aufmerksamkeit richtet sich demgegenüber auf die historisch-genealogische Analyse von Mikro-Praktiken, deren Kopplung, Systematisierung und Homogenisierung die Herausbildung von Makrophänomenen als ihren Effekt produziert.

Schließlich bietet der Gouvernementalitätsansatz auch neue *politische-kritische Perspektiven*. Er eröffnet ein epistemologisch-politisches Feld der Auseinandersetzungen, das Foucault als „Wahrheitspolitik“ bezeichnet hat, und das weit über die Möglichkeiten traditioneller Ideologiekritik hinausweist. Statt Ideen, Konzepte, Theorien etc. allein in Begriffen von wahr/falsch auf die Realität zu beziehen und von einem äußerlichen Verhältnis von Macht und Wissen auszugehen, interessiert in dieser Frageperspektive vor allem, wie Wahrheit „produziert“ wird und wie sich an diese Wahrheitsproduktion bestimmte Machttechnologien anschließen. In dieser Hinsicht reicht es nicht aus, etwa „self esteem“-Programme nur als ideologische Momente zu behandeln, die die „wirklichen Ursachen“ sozialer Probleme (Kapitalismus, Rassismus, Sexismus, etc.) verschleiern. Vielmehr funktioniert der Begriff des „self esteem“ als ein Element von Regierung, das die Realität nicht nur richtig oder falsch, verzerrt oder unverstellt wiedergibt, sondern sie vor allem strukturiert und verändert (vgl. Cruiskhank 1996, S. 238).<sup>6</sup> Es ist jedoch gerade der Beitrag des Gouvernementalitätsansatzes zu einer Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse, der von den einzelnen Autorinnen und Autoren sehr unterschiedlich thematisiert und verfolgt wird. Einige scheinen sich völlig aus einer gesellschaftskritischen Perspektive verabschiedet zu haben, die

---

<sup>6</sup> Ein anderes Beispiel ist William Walters' Analyse der „Arbeitslosigkeit“. Wie Walters zeigt, taucht erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts Arbeitslosigkeit als eigenständiges epistemologisches Objekt und spezifisches politisches Problem auf. Es mag immer schon Arbeitslose gegeben haben, dennoch ist Arbeitslosigkeit kein universelles und ahistorisches Phänomen. Um Arbeitslosigkeit als eine Tatsache jenseits ihrer individuellen Träger (den Arbeitslosen) und als eine fundamentale ökonomische Gesetzmäßigkeit „zu entdecken“, ist eine weitreichende „diskursive Verschiebung“ (Walters 1994, S. 273) notwendig, die Ende des 19. Jahrhunderts in Großbritannien dazu führt, das Problem der Armut um den Pol des Arbeitsmarktes herum zu organisieren. Die Problematisierung der „Arbeitslosigkeit“ zielte im Rahmen einer neuen Gouvernementalität auf die Herstellung eines männlichen „Normal“-Arbeitsverhältnisses, das die Bereitstellung ökonomischer Sicherheit mit moralischer Regulierung verband und die Frauen aus der Lohnarbeit in den häuslichen Reproduktionsbereich abdrängte (Walters 1994).

sie als ein prinzipiell negatives Unternehmen ansehen.<sup>7</sup> Aber auch bei jenen, die sich selbst in einer kritischen Tradition sehen, herrschen überaus große Differenzen. Während sich die einen um eine Weiterentwicklung der Regierungsperspektive durch ihre Verbindung mit dem neomarxistischen Hegemoniebegriff bemühen (Pearce/Tombs 1996), bestimmen andere die eigene kritische Position gerade in expliziter Differenz zu der marxistischen Theorietradition (vgl. Rose 1993, S. 286).

Besonders irritierend ist, daß die Abgrenzungsposition innerhalb der Gouvernentalitätsliteratur zu überwiegen scheint und in der Regel eine Art selbstgewählter theoretischer Isolationismus praktiziert wird. Dieser führt dazu, daß in den meisten Texten der Gouvernentalitätsarbeiten keine oder nur marginale Bezüge existieren zu anderen wichtigen Formen gegenwärtiger Theoriebildung, die wie der Gouvernentalitätsbegriff ihre kritische Inspiration – zumindest teilweise – aus Foucaults Arbeit beziehen (z. B. Stoler 1995; Escobar 1995). Mindestens ebenso problematisch ist die immer wieder anzutreffende Tendenz, die theoretische und methodologische Originalität Foucaults so zu überhöhen, daß die historiographische, philosophische und soziologische Tradition, an die er anknüpft, unterschlagen wird. Wie viel etwa Foucaults analytisches Instrumentarium der Annales-Schule, dem französischen Strukturalismus, dem Marxismus Althusers oder den Arbeiten von Marx, Durkheim und Weber verdankt, kann auf diese Weise nicht mehr thematisiert werden. Diese doppelte Ignoranz und Selbstbezüglichkeit der Gouvernentalitätsstudien mag das Ergebnis einer wissenschaftlichen Profilierungsstrategie in einem neuen Forschungsterrain sein, vor allem jedoch ist sie ein großes Hindernis sowohl für das theoretische wie für das kritische Potential der Studien und verhindert wichtige Weiterentwicklungen und notwendige Korrekturen dieser Forschungsperspektive.

---

<sup>7</sup> So ist etwa die Abgrenzung, die Barry et al. 1993 praktizieren, zumindest mißverständlich: „These studies do not seek to provide a ‚critique‘ of various liberal and neo-liberal problematizations of government. The papers do not seek to draw a balance-sheet of their shortcomings or to propose alternatives; they are concerned to diagnose the varied forms of rationality that govern our present rather than simply to denounce or condemn them“ (S. 266).

## Literatur

- Baddeley, Simon 1997: *The Governance of Cyberspace: Politics, Technology and Global Restructuring*, London und New York.
- Barry, Andrew/Osborne, Thomas/Rose, Nikolas 1993: Liberalism, neo-liberalism and governmentality: introduction, in: *Economy & Society*, Vol 22, No 3, S. 265-266.
- Beck, Ulrich 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich 1993: *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt am Main.
- Bell, Vicky 1993: *Governing Childhood: Neo-Liberalism and the Law*, in: *Economy & Society*, Vol. 22 (Nr. 3), S. 390-405.
- Bieling, Hans-Jürgen 1998: *Macht und Herrschaft in der Risikogesellschaft*. in: Imbusch, Peter, Hg. *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*, Opladen, S. 255-273.
- Bröckling, Ulrich 1997: *Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion*, München.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt am Main.
- Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.) 1991: *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead.
- Cruikshank, Barbara 1996: *Revolutions Within: Self-Government and Self-Esteem*, in: Andrew Barry/Thomas Osborne/Nikolas Rose (Hg.), *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government*, London, S. 231-251.
- Curtis, Bruce. 1995: *Taking the State Back Out: Rose and Miller on Political Power*, in: *British Journal of Sociology*, Vol. 46 (Nr. 4), S. 575-589.
- Dean, Mitchell 1998: *Risk, Calculable and Incalculable*, in: *Soziale Welt*, 49. Jg., S. 25-42.
- Dean, Mitchell 1999: *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London/Thousand Oaks/New Dehli.
- Defert, Daniel 1991: *"Popular Life" and Insurance Technology*, in Graham Burchell/Colin Gordin/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, S. 211-233.
- Donzelot, Jacques. 1984. *L'invention du social. Essai sur le déclin des passions politiques*, Paris.
- Dörre, Klaus 1991: *Schafft sich die autoritäre Technokratie selbst ab? Oder: Welche "Gegengifte" braucht die "Risikogesellschaft"?* in: Beck, Ulrich (Hg.), *Politik in der Risikogesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 232-247.

- Elias, Norbert 1976: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen* (2 Bände), Frankfurt am Main.
- Escobar, Arturo 1995: *Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton, N.J.
- Ewald, François 1993: *Der Vorsorgestaat*, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel 1976: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel 1978: Ein Spiel um die Psychoanalyse, in: Michel Foucault, *Dispositive der Macht*, Berlin, S. 118-175.
- Foucault, Michel 1987: Das Subjekt und die Macht, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow: Michel Foucault. *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt am Main, S. 243-261.
- Foucault, Michel 1989: *Résumé des cours 1970-1982*, Paris.
- Foucault, Michel 1991a: Governmentality, in: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, S. 87-104.
- Foucault, Michel 1991b: Questions of method, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, S. 73-86.
- Foucault, Michel 1993: Technologien des Selbst, in Luther H. Martin u.a. (Hg.), *Technologien des Selbst*, Frankfurt am Main, S. 24-62.
- Gandal, Keith/Kotkin Stephen 1985: Governing Work & Social Life in the USA and the USSR, in: *History of the Present*, Nr. 1, S. 4-14.
- Garland, David 1996: The Limits of the Sovereign State. Strategies of Crime Control in Contemporary Society, in: *The British Journal of Criminology*, Vol. 36 (Nr. 4), S. 445-471.
- Garland, David 1997: "Governmentality" and the problem of crime: Foucault, criminology, sociology, in: *Theoretical Criminology*, Vol. 1 (Nr. 2), S. 173-214.
- Gordon, Colin 1991: Governmental rationality: an introduction, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, S. 1-51.
- Greco, Monica. 1993: Psychosomatic Subjects and the "Duty to Be Well": Personal Agency Within Medical Rationality, in: *Economy & Society*, Vol. 22 (Nr. 3), S. 357-372.
- Greco, Monica 1998: *Illness as a work of thought. A Foucauldian perspective on psychosomatics*, London/New York.
- Higgs, Paul 1998: Risk, governmentality and the reconceptualization of citizenship, in: Graham Scrambler/Paul Higgs (Hg.), *Modernity, Medicine and Health*, London und New York, S. 176-197.
- Hindess, Barry 1993: Liberalism, Socialism and Democracy: Variations on a Governmental Theme, in: *Economy & Society*, Vol. 22 (Nr. 3), S. 300-313.
- Hindess, Barry 1997: Politics and governmentality, in: *Economy & Society*, Vol. 26 (Nr. 2), S. 257-272.

- Hirschman, Albert O. 1980: *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus nach seinem Sieg*, Frankfurt am Main.
- Hunt, Alan 1996: *Governing the city: liberalism and early modern modes of governance*, in: Andrew Barry/Thomas Osborne/Nikolas Rose (Hg.), *Foucault and political reason*, London, S. 167-188.
- Hunt, Alan/Wickham, Gary 1994: *Foucault and Law. Towards a Sociology of Law as Governance*, London u.a.
- Hyatt, Susan Brin 1997: *Poverty in a "post-welfare" landscape. Tenant management policies, self-governance and the democratization of knowledge in Great Britain*. in: Shore, Cris/Wright, Susan (Hg.), *Anthropology of Policy. Critical perspectives on governance and power*, London/New York, S. 217-238.
- Krasmann, Susanne 1998: *Regieren über Freiheit. Zur Analyse der Kontrollgesellschaft in foucaultscher Perspektive*, in: *Kriminologisches Journal*, 31. Jg., Heft 2, S. 107-121.
- Krieken, Robert van 1991: *Die Organisierung der Seele. Elias und Foucault über Disziplin und das Selbst*, in: *Prokla*, 21. Jahrgang (Nr. 4), S: 602-619.
- Lemke, Thomas 1995: *„Der Eisberg der Politik“ – Foucault und das Problem der Regierung*, in: *kultuRRevolution*, Nr. 31, S. 31-41.
- Lemke, Thomas 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin und Hamburg.
- Makropoulos, Michael 1991: *Möglichkeitsbändigungen. Disziplin und Versicherung als Konzepte zur sozialen Steuerung von Kontingenz*, in: *Soziale Welt*, 41. Jg. (Nr. 4), S. 407-423.
- Martin, Emily 1997: *Managing Americans. Policy and the changes in the meanings of work and the self*. in: Shore, Cris/Wright, Susan (Hg.), *Anthropology of Policy. Critical perspectives on governance and power*, London/New York, S. 239-257.
- Miller, Peter/Rose, Nikolas 1994: *Das ökonomische Leben regieren*, in: Richard Schwarz (Hg.), *Zur Genealogie der Regulation*, Mainz, S. 54-108.
- Nettleton, Sarah 1997: *Governing the Risky Self*, in: Alan Petersen/Robin Bunton (Hg.), *Foucault, Health and Medicine*, London und New York, S. 207-222.
- O'Malley, Pat 1992: *Risk, Power, and Crime Prevention*, in: *Economy & Society*, Vol. 21, S. 252-275.
- O'Malley, Pat 1996a. *Risk and Responsibility*, in: Andrew Barry/Thomas Osborne/Nikolas Rose (Hg.), *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government*, London, S. 189-207.
- O'Malley, Pat. 1996b: *Indigenous Governance*, in: *Economy & Society*, Vol. 25 (Nr. 3), S. 310-326.
- O'Malley, Pat/Weir, Lorna/Shearing, Clifford 1997: *Governmentality, Criticism, Politics*, in: *Economy & Society*, Vol. 26 (Nr. 4), S. 501-517.
- Pasquino, Pasquale 1991: *Criminology: The Birth of a Special Knowledge*, in: Graham Burchell/Colin Gordin/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, S. 235-250.

- Pasquino, Pasquale 1995: Krieg und Frieden – Foucault und die Geschichte der politischen Theorie, in: Tüte: Wissen und Macht. Die Krise des Regierens, Tübingen, S. 74-79
- Pearce, Frank/Tombs, Steve 1996: Hegemony, Risk and Governance: "Social Regulation" and the American Chemical Industry, in: *Economy & Society*, Vol. 25 (Nr. 3), S. 428-454.
- Petersen, Alan 1997: Risk, governance and the new public health, in Alan Petersen/Robin Bunton (Hg.), *Foucault, Health and Medicine*, London und New York, S. 189-206.
- Procacci, Giovanna 1991: Social economy and the government of poverty, in: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.), *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, S. 151-168.
- Procacci, Giovanna 1993: *Gouverner la misère. La question sociale en France 1789-1848*, Paris.
- Rapp, Rayna 1995: Risky Business: Genetic Counseling in a Shifting World. in: Rapp, Rayna/Schneider, Jane (Hg.), *Articulating Hidden Histories*. Berkeley, S. 175-189.
- Rose, Nikolas 1993: Government, authority and expertise in advanced liberalism, in: *Economy & Society*, Vol. 22 (Nr. 3), S. 283-299.
- Rose, Nikolas 1996: Governing "advanced" liberal democracies, in: Barry, Andrew/Osborne, Thomas/Rose, Nikolas (Hg.), *Foucault and Political Reason. Liberalism, neo-liberalism and rationalities of government*, London, S. 37-64.
- Rose, Nikolas/Miller, Peter 1992: Political Power Beyond the State: Problematics of Government, in: *British Journal of Sociology*, Vol. 43 (Nr. 2), S. 173-205.
- Sedgwick, Eve Kosofsky 1992: Epidemics of the Will. in: Crary, Jonathan/Kwinter, Sanford (Hg.), *Incorporations*, New York, S. 582-595.
- Sellin, Volker 1984: Regierung, Regime, Obrigkeit, in: Otto Brunner/Werner Conze/Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 5, Stuttgart, S. 361-421.
- Senellart, Michel 1995: *Les arts de gouverner. Du regimen médiéval au concept de gouvernement*, Paris.
- Stoler, Ann Laura 1995: *Race and the Education of Desire. Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things*, Durham und London.
- Tulkens, Françoise 1986: Généalogie de la défense sociale en Belgique (1880-1914), in: *actes: les cahiers d'action juridique*, Nr. 54, S. 38-41.
- Tulkens, Françoise 1988: *Généalogie de la défense sociale en Belgique (1880-1914)*, Brüssel.
- Valverde, Mariana 1996: "Despotism" and Ethical Liberal Governance, in: *Economy & Society*, Vol. 25 (Nr. 3), S. 357-372.
- Walters, William 1994: The Discovery of "Unemployment": New Forms for the Government of Poverty, in: *Economy & Society*, Vol. 23 (Nr. 3), S. 265-290.